

# **Bericht der Landesgruppe Sachsen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

zum 28. Landesparteitag  
der Sächsischen Union

am 9. November 2013 in Chemnitz

**Impressum:**

V.i.S.d.P. Michael Kretschmer MdB

Redaktion: Kai Mindel, Tel. 030-227 71819, [kai.mindel@cdu-sachsen.de](mailto:kai.mindel@cdu-sachsen.de)

Fotorechte: Portraits der Abgeordneten/Chaperon

Grafiken: Ergebnispräsentation der Bundestagswahl/Bundeswahlleiter

Berichtsquellen: Regierungsbilanz der Koalition von CDU/CSU und FDP; Fraktionsbilanz CDU/CSU,  
Einstweiliges Forderungspapier der Gruppe Aufbau Ost zu den Koalitionsverhandlungen 2013

## **Grußworte**



## **Grußwort des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

Volker Kauder MdB

Die CDU in Deutschland hat bei der Bundestagswahl ein herausragendes Ergebnis erzielt. Hierzu hat die Sächsische Union einen beeindruckenden Beitrag geleistet. Dass erneut alle sächsischen Direktwahlkreise gewonnen wurden und darüber hinaus erstmals ein Einzug über die Landesliste erfolgen konnte, ist ein großer Erfolg. Hierzu gratuliere ich Ministerpräsident Stanislaw Tillich und der Sächsischen Union. Mit Michael Kretschmer als Vorsitzenden haben die Sachsen in Berlin als größte ostdeutsche Landesgruppe in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen verlässlichen und starken Vertreter gewählt.

Den vielen Mitgliedern der Sächsischen Union, die durch tatkräftigen und beherzten Einsatz vor Ort dazu beigetragen haben, dass die sächsische Stimme kraftvoll in Berlin und die Union in beeindruckender Stärke im Bundestag vertreten ist, danke ich herzlich. Ich bin sicher, dass der Erfolg der Bundestagswahl auch Ansporn und Kraft für die Landtagswahlen 2014 gibt.

Deutschland steht gut da. Nichtsdestotrotz liegen weiterhin große Herausforderungen vor uns. Dazu zählen in erster Linie die Sicherung der Stabilität des Euro, eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende, nachhaltige Finanzen, die Stärkung der Beschäftigung und des Industriestandorts Deutschland sowie solide soziale Sicherungssysteme. Diese Faktoren sind Dreh- und Angelpunkte für eine gute Zukunft, sozialen Frieden und Wohlstand in unserem Land. Investitionen in die Infrastruktur und die Bildung stehen dabei hoch auf der Agenda. Die demografische Entwicklung verlangt nach kraftvollen Entscheidungen, damit wir die Lebenschancen und Lebensgrundlagen für die kommenden Generationen sichern. Wir wollen, dass Deutschland ein starkes und erfolgreiches Land bleibt. Nun kommt es in den laufenden Koalitionsverhandlungen darauf an, gemeinsam die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen.

Der Zusammenarbeit mit der Sächsischen Landesgruppe in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sehe ich mit Freude entgegen. Ich wünsche Ihnen einen guten Parteitag, der erfolgreich den Weg für die Landtagswahl 2014 bereitet.



## **Grußwort des Landesgruppenvorsitzenden**

Michael Kretschmer MdB

Liebe Freunde,  
sehr geehrte Gäste des 28. Landesparteitages der Sächsischen Union,


ein Jahr vor der sächsischen Landtagswahl, der Kommunal- und der Europawahl stellt die Sächsische Union auf ihrem Parteitag wichtige personelle und inhaltliche Weichen. Wir möchten 2014 gemeinsam mit allen unseren Mandats- und Funktionsträgern und mit den Mitgliedern unserer Partei die Menschen in Sachsen von unseren Zielen und Konzepten überzeugen. Dazu brauchen wir eine Mannschaft, die mit einem starken Vertrauen ausgestattet zusammensteht und für unsere Ziele kämpft. Die erfolgreiche Bundestagswahl hat gezeigt, wie viel wir als Volkspartei erreichen können, wenn wir auf uns als wichtiges Land in Europas Mitte vertrauen, wenn wir Leistung und Eigenverantwortung des Einzelnen einfordern und dabei nicht das solidarische Miteinander aus den Augen verlieren. Angela Merkel als unsere Bundeskanzlerin und die CDU haben mit ihrer Politik die Menschen in Deutschland überzeugt.

Unsere Sächsische Union hat am 22. September das beste Ergebnis seit 1994 in einer Bundestagswahl in Sachsen errungen und konnte wieder alle 16 Direktwahlkreise gewinnen. Eine Darstellung der Wahlergebnisse finden Sie auf den folgenden Seiten. Wir stellen mit 17 Abgeordneten die mit Abstand größte ostdeutsche Landesgruppe und gehören zu den wichtigen Arbeitsgremien innerhalb der CDU/CSU-Fraktion. Ich gratuliere allen wiedergewählten Abgeordneten und auch unseren neuen Kollegen Carsten Körber und Marian Wendt zu diesem schönen Erfolg. Mit Yvonne Magwas aus dem Vogtland erfährt unsere Landesgruppe einen erfreulichen Zuwachs. Lernen Sie die Abgeordneten in der nachfolgenden Übersicht näher kennen! Als neuer Vorsitzender der Landesgruppe freue ich mich auf die gemeinsame parlamentarische Arbeit mit meinen Kollegen. Ich danke Michael Luther, der sich jahrelang in der wichtigen Position des Vorsitzenden für unsere Belange eingesetzt hat.

Wir werden weiterhin für sächsischen Anliegen werben und wenn nötig auch streiten. Mit dem erzielten starken Wahlergebnis im Rücken werden wir Sachsen wieder mitreden, wenn es darum geht, wie unsere Bundestagsfraktion personell und inhaltlich aufgestellt sein wird. Mit Arnold Vaatz als Sprecher der ostdeutschen Abgeordneten und Klaus Brähmig als Vorsitzenden der Gruppe der Vertriebenen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben wir bereits zwei wichtige Posten wiederbesetzt. Auch bei den anstehenden Ausschussbesetzungen werden wir genau darauf achten, dass wir Sachsen in den entscheidenden politischen Themenfeldern breit aufgestellt sind.

Dies gilt auch für die laufenden Koalitionsverhandlungen. Gemeinsam mit meinen in den Koalitionsarbeitsgemeinschaften vertretenen Kollegen Thomas de Maizière, Andreas Lämmel, Katharina Landgraf, Maria Michalk, Arnold Vaatz und Marcus Wanderwitz wollen wir – in gesamt ostdeutschem Interesse – sächsische Pflöcke einschlagen. Themen wie die Fortsetzung des Aufbau Ost, insbesondere die Sicherstellung der Solidarpaktmittel bis 2019, die Fortsetzung von Haushaltsdisziplin und - konsolidierung, die Gestaltung des demographischen Wandels, die Vorbereitung der Gespräche über die Bundesländer-Finanzbeziehung nach 2019, die vernünftige Gestaltung der Energiewende, die Verbesserung der Verkehrsanbindung Sachsens an wichtige Verkehrsknotenpunkte, die weitere Förderung von Forschung und Entwicklung oder auch der Umbau des Ehegatten- zum Familiensplitting standen und stehen dabei weit oben auf der Agenda unserer Landesgruppe.

Wenn wir Sachsen – gleich, ob auf Landes- oder Bundesebene, ob im Parlament oder in der Staatsregierung – zusammenstehen, werden wir die vor uns liegenden Herausforderungen als Chance für positive Veränderungen nutzen können. Auch in der neuen Legislaturperiode werden die Mitglieder der Landesgruppe für einen intensiven Austausch bereitstehen, um **füreinander** und miteinander an der **Zukunft** unseres Freistaates zu **bauen**. Dem Landesparteitag, der diesem Motto folgt, wünsche ich – auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen – einen erfolgreichen Verlauf und gute Beratungen.



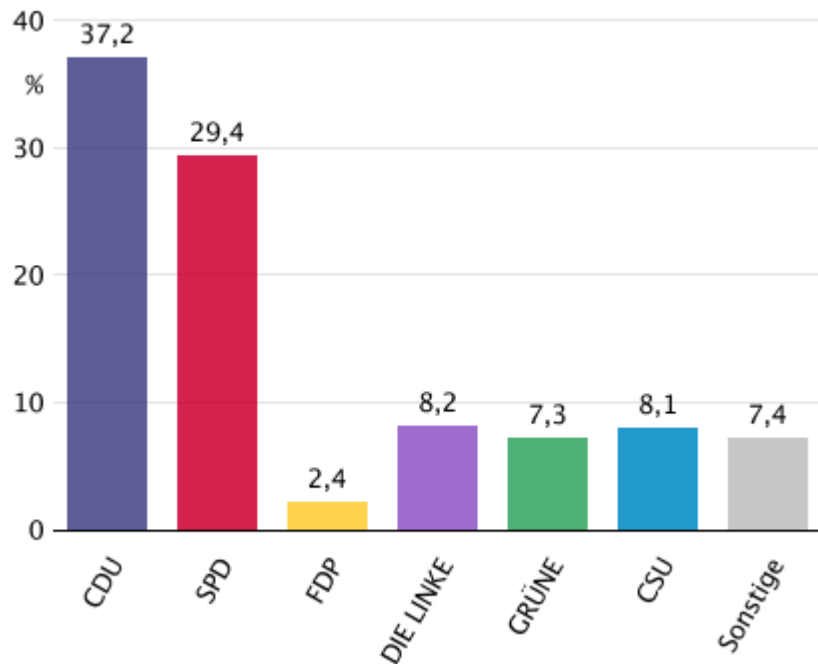
# **Ergebnisse der Bundestagswahl 2013**

## A. Endgültiges Ergebnis der Bundestagswahl 2013

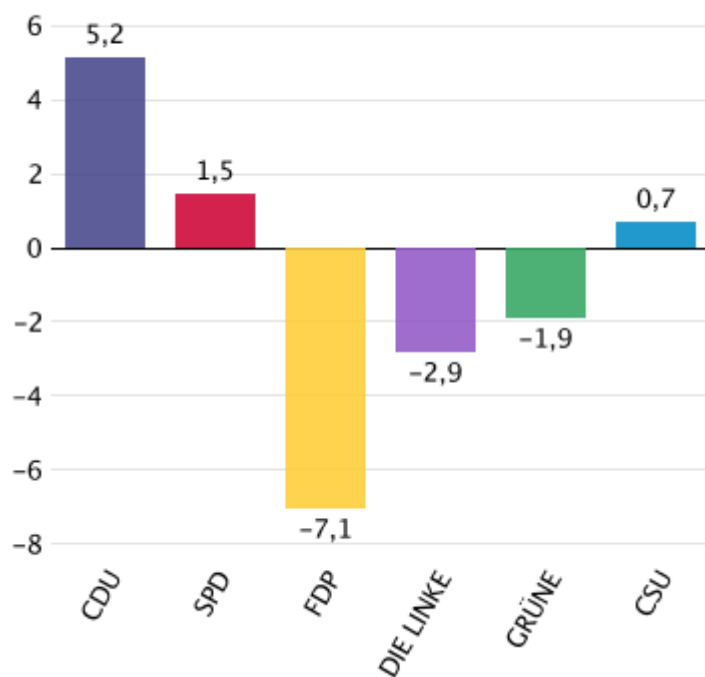
- bundesweit -

### 1. Erststimmenanteile

#### Stimmenanteile



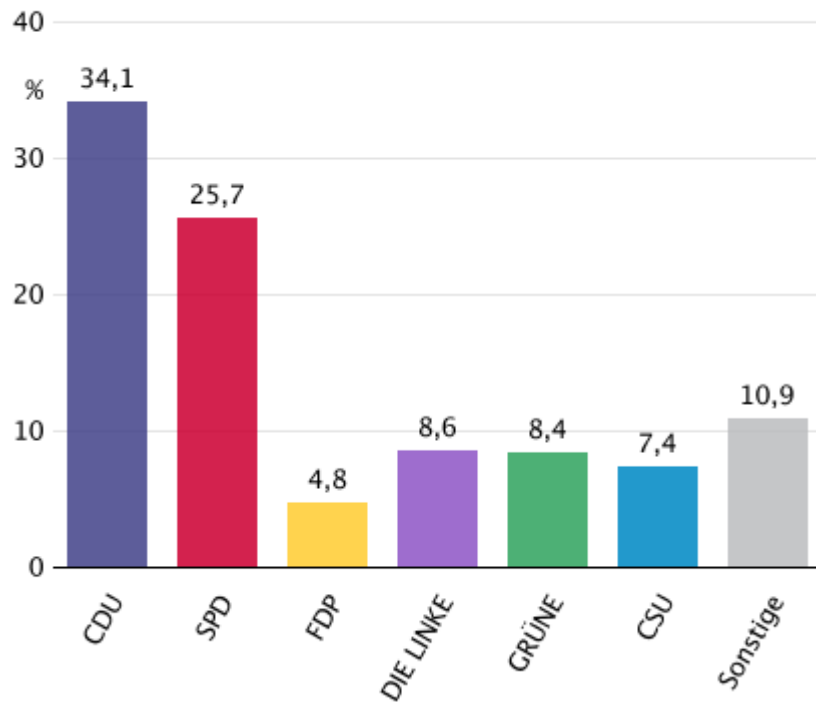
#### Gewinne und Verluste der Stimmenanteile



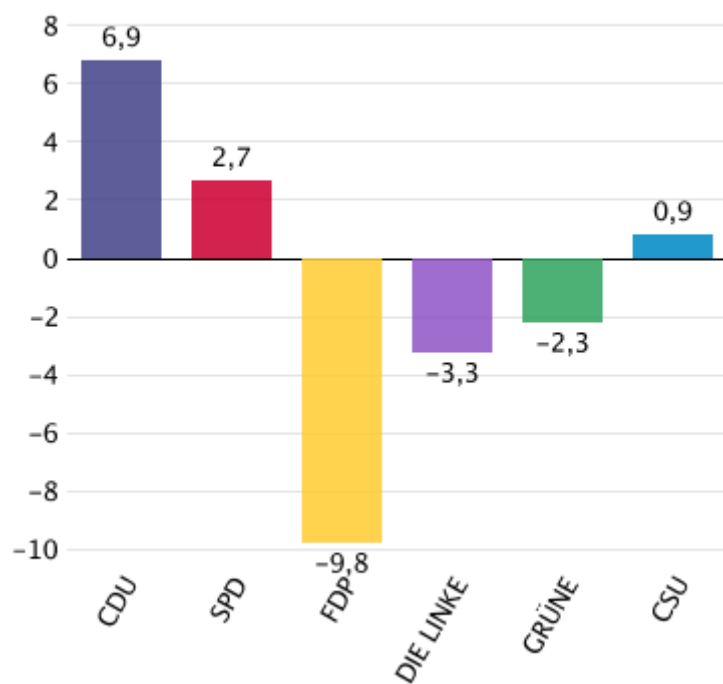


## 2. Zweitstimmenanteile

### Stimmenanteile



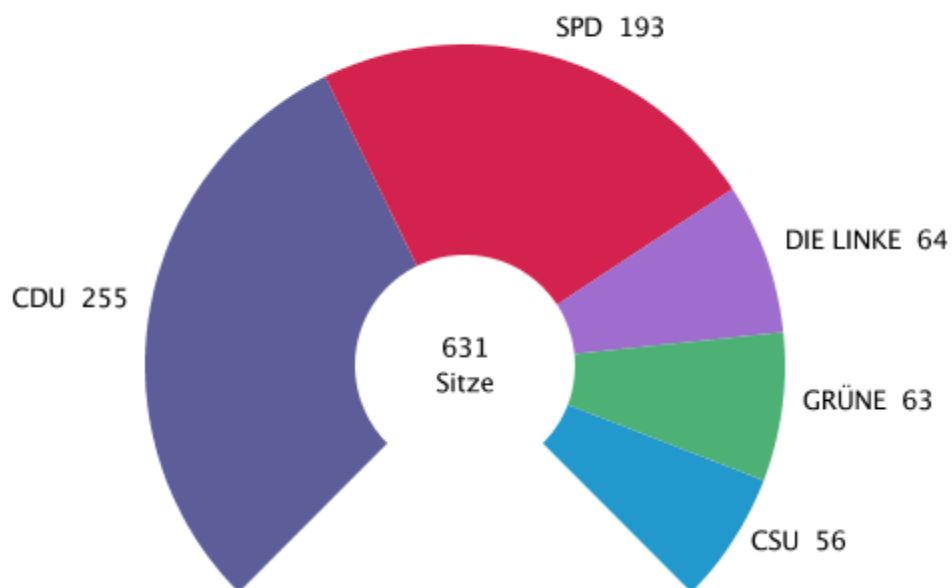
### Gewinne und Verluste der Stimmenanteile



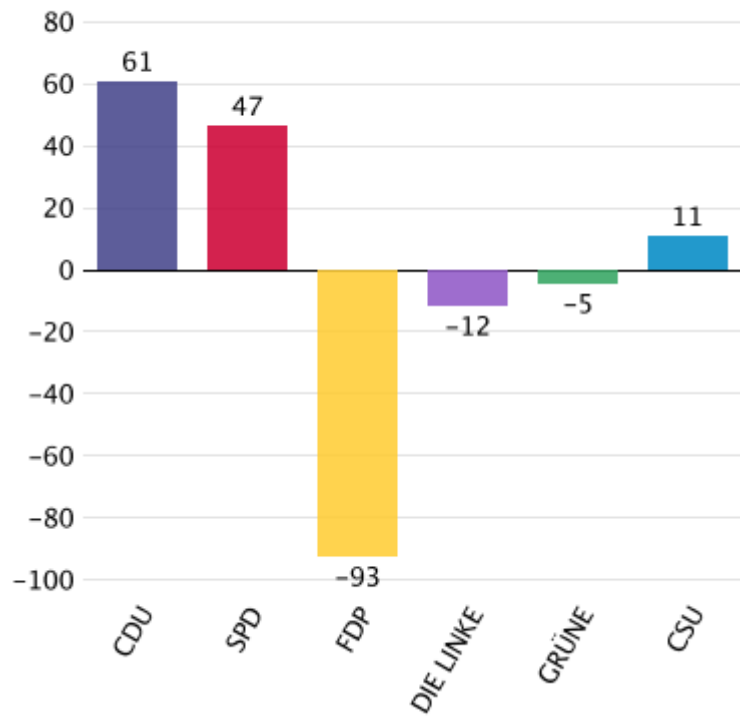
### 3. Sitzverteilung

| Partei   | Ergebnis | Sitze |
|----------|----------|-------|
| Union    | 41,5%    | 311   |
| SPD      | 25,7%    | 193   |
| Linke    | 8,6%     | 64    |
| Grüne    | 8,4%     | 63    |
| FDP      | 4,8%     |       |
| AfD      | 4,7%     |       |
| Piraten  | 2,2%     |       |
| Sonstige | 4,1%     |       |

### Sitzverteilung



### Gewinne und Verluste der Sitze



## B. Endgültiges Ergebnis der Bundestagswahl 2013

- Sachsen -

### 1. Erststimmenanteile

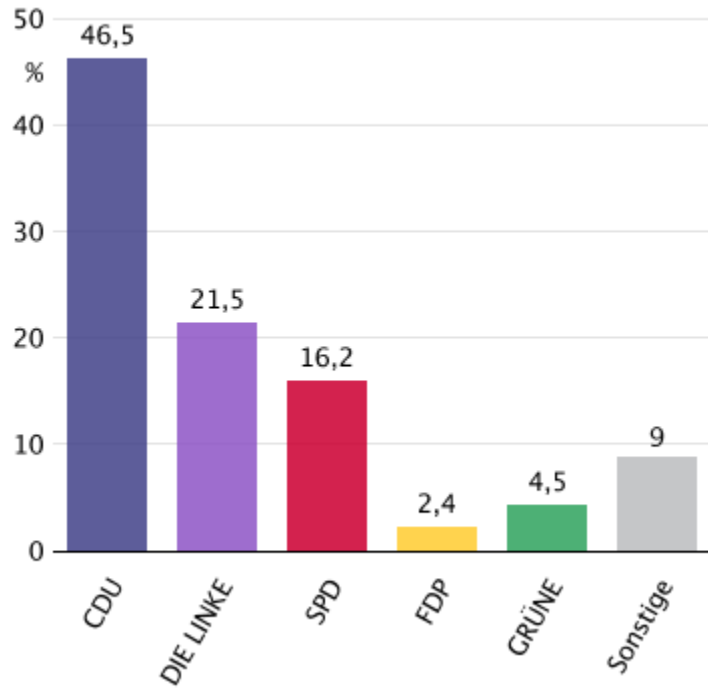
#### Ergebnisse der Direktkandidaten der Sächsischen Union

| Name                       | Ergebnis | Wahlkreis  |
|----------------------------|----------|--|
| Marian Wendt MdB           | 45,6%    | Nordsachsen (Wahlkreis 151)                            |
| Bettina Kudla MdB          | 40,0%    | Leipzig I (Wahlkreis 152)                              |
| Dr. Thomas Feist MdB       | 34,3%    | Leipzig II (Wahlkreis 153)                             |
| Katharina Landgraf MdB     | 51,3%    | Leipzig-Land (Wahlkreis 154)                           |
| Dr. Thomas de Maizière MdB | 53,6%    | Meißen (Wahlkreis 155)                                 |
| Maria Michalk MdB          | 49,2%    | Bautzen I (Wahlkreis 156)                              |
| Michael Kretschmer MdB     | 49,6%    | Görlitz (Wahlkreis 157)                                |
| Klaus Brähmig MdB          | 50,2%    | Sächsische Schweiz – Osterzgebirge (Wahlkreis 158)     |
| Andreas Lämmel MdB         | 42,6%    | Dresden I (Wahlkreis 159)                              |
| Arnold Vaatz MdB           | 41,8%    | Dresden II – Bautzen II (Wahlkreis 160)                |
| Veronika Bellmann MdB      | 51,9%    | Mittelsachsen (Wahlkreis 161)                          |
| Frank Heinrich MdB         | 41,7%    | Chemnitz (Wahlkreis 162)                               |
| Marco Wanderwitz MdB       | 49,6%    | Chemnitzer Umland – Erzgebirgskreis II (Wahlkreis 163) |
| Günter Baumann MdB         | 50,2%    | Erzgebirgskreis I (Wahlkreis 164)                      |
| Carsten Körber MdB         | 44,6%    | Zwickau (Wahlkreis 165)                                |
| Robert Hochbaum MdB        | 48,3%    | Vogtlandkreis (Wahlkreis 166)                          |

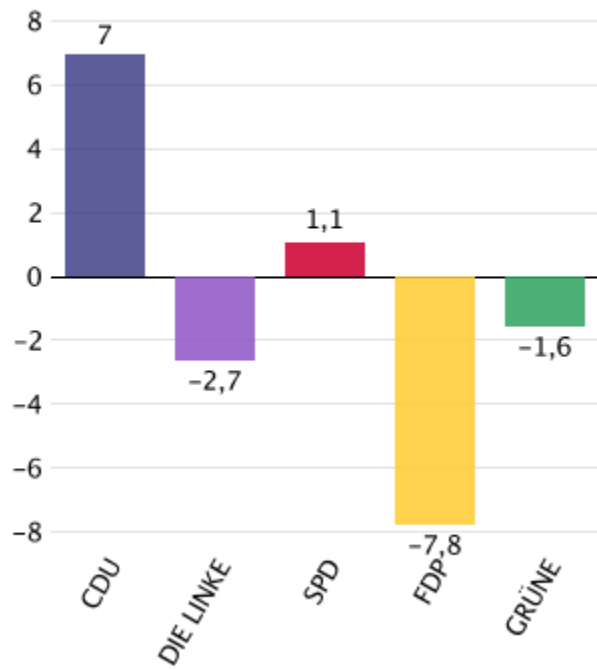
#### Über die Landesliste der Sächsischen Union in den Deutschen Bundestag gewählt

| Name              |
|-------------------|
| Yvonne Magwas MdB |

### Stimmenanteile

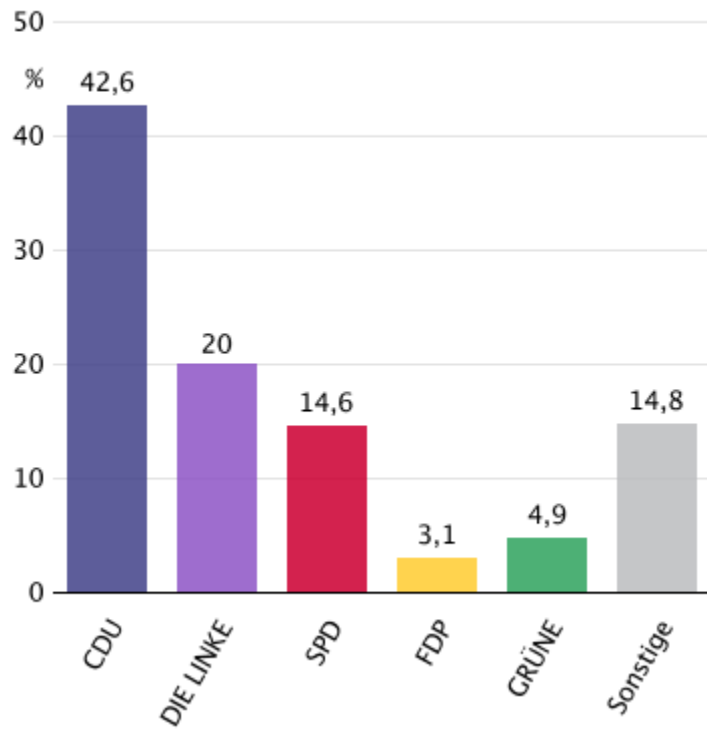


### Gewinne und Verluste der Stimmenanteile

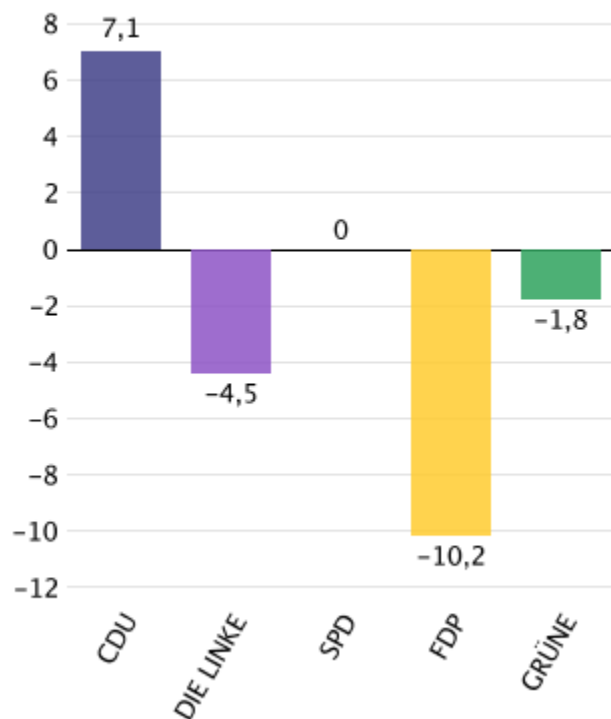


## 2. Zweitstimmenanteile

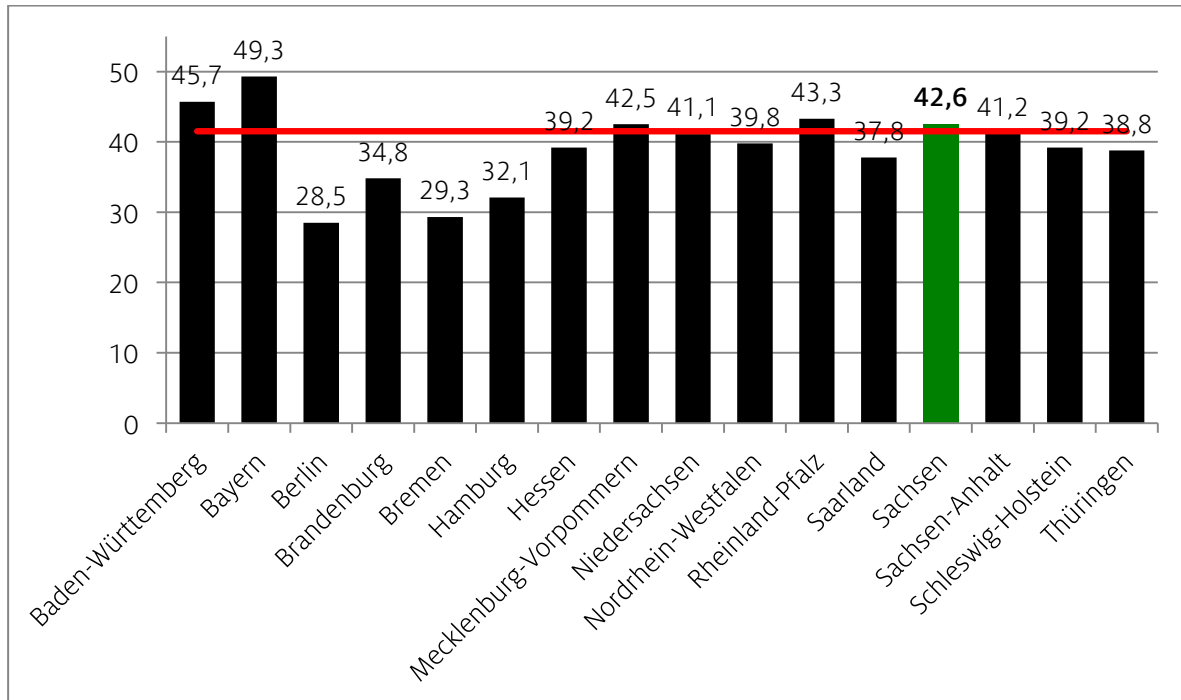
### Stimmenanteile



### Gewinne und Verluste der Stimmenanteile



### C. Anteil Sachsens am gesamtdeutschen Wahlergebnis (Zweitstimme)







## **Die neue Landesgruppe**

### Unsere sächsischen Abgeordneten in Berlin





### **Günter Baumann**

geboren am 1. August 1947, verheiratet, zwei erwachsene Söhne,  
evangelisch-lutherisch

- 10-Klassenschule in Annaberg-Buchholz
- Berufsausbildung mit Abitur in Glauchau
- Studium an der TU Dresden
- 1971 Abschluss als Diplomingenieur für Textiltechnologie
- seit 1972 Mitglied der CDU
- bis 1990 in der Textilindustrie im Landkreis Annaberg tätig
- 1989/1990 aktive Mitgestaltung der friedlichen Revolution
- 1990 bis 1998 Bürgermeister der Stadt Jöhstadt
- seit 1998 Mitglied im Deutschen Bundestag für den Wahlkreis164

### Im 17. Deutschen Bundestag

#### Ausschüsse

- Ordentliches Mitglied im Innen- und Petitionsausschuss

#### Parlamentarische Funktionen

- Vorsitzender der AG Petitionen der CDU/CSU-Fraktion
- Mitglied in den Arbeitsgruppen Kommunalpolitik, Mittelstand, Aufbau Ost, Schienenverkehr und des Parlamentarischen Ringes Deutsche Kriegsgräberfürsorge
- Mitglied im Fraktionsvorstand der CDU/CSU-Fraktion

#### Außerparlamentarische Funktionen

- seit 1990 Mitglied des Kreistages Annaberg, jetzt Erzgebirgskreis
- Mitglied zahlreicher Vereine in meiner Heimatregion



**Veronika Bellmann**

geboren am 20. November 1960, verheiratet, eine Tochter, katholisch

- Verwaltungsbetriebswirtin/ (VWA)
- Fachkauffrau für Marketing und Vertrieb/ (VWA)
- Major der Reserve
  
- 1994 – 2002 Mitglied des Sächsischen Landtages
- seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages

Im 17. Deutschen Bundestag

Ausschüsse

- ordentliches Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (Obfrau)
- stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- stellvertretendes Mitglied im Ausschuss der Verteidigung

Parlamentarische Funktionen

- Mitglied des Förderkreises Deutsches Heer
- Mitglied des Parlamentskreises Mittelstand
- Mitglied der Arbeitnehmergruppe
- Mitglied der Gruppe der Frauen

Außerparlamentarische Funktionen

- stellvertretende Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes Mittelsachsen
- Kreisrätin des Landkreises Mittelsachsen
- Mitglied in verschiedenen Heimat-, Sport-, (Schul)Fördervereinen
- Vorstandsmitglied der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU (MIT) im Landkreis Mittelsachsen und des Regionalverbandes Freiberg



### **Klaus Brähmig**

geboren am 1. August 1957, verheiratet, ein Kind, evangelisch-lutherisch

- 1957-1964 Besuch der Allgemeinbildenden Oberschule in Papstdorf
- 1974-1977 Lehre als Elektroinstallateur in Pirna
- 1977-1978 Wehrdienst in Dresden
- 1980-1983 Ausbildung zum Handwerksmeister bei der Handwerkskammer Dresden Elektrohandwerksmeister
- seit 1990 Mitglied der CDU

### Im 17. Deutschen Bundestag

#### Ausschüsse

- Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Tourismus (Vorsitzender)
- Stellv. Mitglied im Innenausschuss und im Finanzausschuss

#### Parlamentarische Funktionen

- Vorsitzender des Ausschusses für Tourismus
- Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Mitglied des Fraktionsvorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Vorstand des Parlamentskreis Mittelstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Vorsitzender der Deutsch-Österreichischen Parlamentariergruppe

#### Außerparlamentarische Funktionen

- Vorsitzender des Tourismusverbandes Sächsische Schweiz e. V.
- Vorsitzender des Vereins und Festivals "Sandstein und Musik"
- Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung
- Verwaltungsratsmitglied des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds
- Mitglied des Beirates für Fragen des Tourismus beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
- Mitglied des Beirates des Tourismusbarometers des Ostdeutschen Sparkassenverbandes



**Dr. Thomas de Maizière**

geboren am 21. Januar 1954 in Bonn; verheiratet, drei Kinder

- 1972 Abitur; Wehrdienst
- 1974-1979 Studium der Rechtswissenschaften und Geschichte in  
Münster und Freiburg, Referendarexamen
- 1982 Assessorexamen
  
- 1983 Mitarbeiter der Regierenden Bürgermeister von Berlin,  
Richard von Weizsäcker und Eberhard Diepgen
- 1986 Promotion zum Dr. jur. an der Westfälischen  
Wilhelms-Universität Münster
- 1985-1989 Leiter des Grundsatzreferates der Senatskanzlei  
des Landes Berlin; Pressesprecher der CDU-Fraktion im  
Berliner Abgeordnetenhaus
  
- 1990 Mitaufbau des Amtes des Ministerpräsidenten der letzten  
DDR-Regierung; Mitglied der Verhandlungsdelegation für den  
Einigungsvertrag
  
- 1990-1994 Staatssekretär im Kultusministerium des Landes  
Mecklenburg-Vorpommern
- 1994-1998 Chef der Staatskanzlei in Mecklenburg-Vorpommern
  
- 1999 Berater und ab Oktober 1999 Staatsminister und Chef  
der Sächsischen Staatskanzlei
- 2001-2002 Staatsminister der Finanzen in Sachsen
- 2002-2004 Staatsminister der Justiz in Sachsen
- 2004-2005 Staatsminister des Innern in Sachsen
- 2004-November 2005 Mitglied im Sächsischen Landtag
  
- 2005-2009 Bundesminister und Chef des Bundeskanzleramtes
- seit Oktober 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages
- 2009-2011 Bundesminister des Innern
- seit März 2011 Bundesminister der Verteidigung



**Dr. Thomas Feist**

geboren am 8. April 1965, verheiratet, drei Kinder, evangelisch-lutherisch

- 1971 bis 1981 Allgemeinbildende polytechnische Oberschule (DDR), Abschluss 10. Klasse.
- 1981 bis 1983 Lehre als Facharbeiter für Heizungsinstallation
- 1995 bis 2000 Direktstudium (Sonderhochschulzugangsberechtigung) Musikwissenschaft, Soziologie und Theologie
- 2000 Abschluss des Studiums mit dem akademischen Titel M. A.
- 2003 bis 2005 Promotionsstudium, Promotion zum Dr. phil.

**Tätigkeiten**

- 1983 bis 1993 tätig als Heizungsinstallateur
- 1993 bis 1995 Ausbilder für lernbehinderte, sozial benachteiligte Jugendliche
- 1995-2009 tätig als Jugendbildungsreferent für Kulturarbeit, Musik und Interkulturelle Arbeit
- seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis 153

Im 17. Deutschen Bundestag:

**Ausschüsse**

- Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
- Ordentliches Mitglied im Unterausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
- Stellv. Mitglied im Petitionsausschuss und im Auswärtigen Ausschuss

**Parlamentarische Funktionen**

- Schriftführer

**Außerparlamentarische Funktionen**

- Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises Sachsen



## **Frank Heinrich**

geboren am 25. Januar 1964, verheiratet, vier Kinder

- 1970-1974 Grundschule Steinbach
- 1974-1980 Realschule Bühl
- 1980-1983 Technisches Gymnasium
- 1983 Abitur
- 1983-1984 Zivildienst (Jugendarbeit)
- 1984-1985 Theologiestudium in Kanada (zwei Semester)
- 1985-1986 Freiwilliges Soziales Jahr (Pflegeheim)
- 1986-1990 Fachhochschulstudium Sozialpädagogik (Freiburg i.Br.)
- 1995-1997 Theologiestudium in Basel (Ausbildung zum Heilsarmee-Offizier)
  
- 1990- 1995 Leiter zweier Einrichtungen der Heilsarmee Freiburg
- 1997-2009 Leiter der Heilsarmee Chemnitz (gemeinsam mit Frau Regina)
- 2002-2009 Leiter der Heilsarmee-Jugendarbeit in den Neuen Bundesländern und Berlin
- 2007 Eintritt in die CDU
- seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis 162

### Im 17. Deutschen Bundestag

#### Ausschüsse

- ordentliches Mitglied im Ausschuss für Soziales und im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- stellv. Mitglied im Ausschuss für Europäische Angelegenheiten und im Ausschuss für Gesundheit

#### Außerparlamentarische Funktionen

- seit 2007 Mitglied des CDU – Landesfachausschusses „Familie/Demographie“
- seit 2007 Mitglied im Landesfachausschuss „Familie Demographie“
- seit 2008 Vorstand EAK Chemnitz/Zwickau
- seit 2008 Stellvertretender Vorsitzender des Ortsverbands Chemnitz Süd-West
- seit 2010 Mitglied des Hauptvorstandes der Evangelischen Allianz Deutschland

- seit 2010 Vorsitzender des Vereins „Perspektiven für Familien e.V. – Haus Kinderland“
- seit 2010 Mitglied des Stiftungsrates der „Stiftung für Grundwerte und Völkerverständigung“
- seit 2010 Präsident des „Schwimm-Club Chemnitz von 1892 e.V.“
- seit 2011 Gründungs- und Vorstandsmitglied des „Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V.“





**Robert Hochbaum MdB**

Dipl.-Verwaltungswirt

geboren am 5. Juni 1954, verheiratet, drei Kinder, evangelisch

- Geschäftsstellenleiter Arbeitsamt Auerbach/Vogtland
- Zeitsoldat der Bundeswehr; Reserveoffizier
- seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis 166
- Mitglied in der CDU seit 1983

Im 17. Deutschen Bundestag

Ausschüsse

- Ordentliches Mitglied im Verteidigungsausschuss
- Ordentliches Mitglied im Unterausschuss Abrüstung,  
Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung
- Stellv. Mitglied im Auswärtigen Ausschuss
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Parlamentarische Funktionen

- Ordentliches Mitglied in der Parlamentarischen Versammlung der  
NATO
- Mitglied in der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion

Außerparlamentarische Funktionen

- Gründer und Vorsitzender des Vogtländischen Vereins zu Berlin e.V.
- Deutsches Rotes Kreuz
- Tierschutzverein
- Reservistenverband  
u.v.m.



**Carsten Körber**

geboren 11. Juni 1979, ledig, evangelisch-lutherisch

- seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages für den WK 165
- 2012-2013 selbstständiger Wirtschafts- und Unternehmensberater
- 2012 Leiter des Büros für Wirtschaftsförderung der Stadt Zwickau
- 2002-2012 Mitarbeiter und Büroleiter des Bundestagsabgeordneten Dr. Michael Luther

Schule und Studium, Wehrdienst

- 2000-2005 Studium der Politikwissenschaft und Betriebswirtschaftslehre an der Technischen Universität Chemnitz, Magister Artium
- 1999-2000 Wehrdienst in Weiden in der Oberpfalz
- 1999 Wirtschafts-Abitur am Beruflichen Schulzentrum für Wirtschaft, Ernährung und Sozialwesen (BSZ) Lichtenstein

Außerparlamentarische Funktionen

- Vorsitzender des MIT-Kreisverbandes Zwickau
- Stellvertretender Vorsitzender des Richard-Wagner-Verbandes Chemnitz e.V.
- Geschäftsführer des Freibades Mülsen
- Präsident des Sportvereines Mülsen St. Niclas e.V.
- seit 2012 Erster stellvertretender Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Zwickau
- 2010-2012 stellvertretender CDU-Kreisvorsitzender
- 2009-2012 Gemeinderat, Fraktionsvorsitzender und stellvertretender Bürgermeister der Gemeinde Mülsen
- seit 2005 Vorsitzender der CDU Mülsen
- seit 2002 Mitglied in der CDU



**Michael Kretschmer**

geboren am 7. Mai 1975, ledig, zwei Kinder, evangelisch

- 1981 bis 1991 Erich-Weinert-Oberschule in Görlitz-Weinhübel
- 1991 bis 1995 Ausbildung zum Büroinformationselektroniker
- 1997 bis 1998 Fachhochschulreife
- 1998 bis 2002 Studium an der HTW Dresden
- seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages

Im 17. Deutschen Bundestag

Ausschüsse

- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technologiefolgenabschätzung und im Ausschuss für Kultur und Medien

Parlamentarische Funktionen

- Vorsitzender der Landesgruppe Sachsen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Bildung und Forschung, Kultur und Medien

Außerparlamentarische Funktionen

- Generalsekretär der Sächsischen Union
- Mitglied der Helmholtz-Gemeinschaft
- Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft



## **Bettina Kudla**

geboren am 20. Juli 1962, katholisch

- 1988 Diplom-Kauffrau an der Ludwig-Maximilians-Universität München
- 1993 Examen und Bestellung als Steuerberaterin
- 1994 Examen und Bestellung als Wirtschaftsprüferin
  
- 1988-1990 Tätigkeit bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH, München
- 1990-2004 Tätigkeit in der Niederlassung Halle (Saale) der Deloitte & Touche GmbH, seit 1994 Prokurist, ab 1999 Direktor Beruflicher Schwerpunkt: Prüfung und betriebswirtschaftliche Beratung auf dem Gebiet Kommunen und kommunale Unternehmen (Schwerpunkt kommunale Immobilienwirtschaft) und auf dem Gebiet mittelständische Industrie- und Bauunternehmen
- 2004-2005 Stadtkämmerin der Stadt Rosenheim
- 2005-2009 Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen der Stadt Leipzig
- seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis 152

### Im 17. Deutschen Bundestag

#### Ausschüsse

- ordentliches Mitglied im Finanzausschuss  
Berichterstatterin für Bilanzrecht, Versicherungswirtschaft, Sozialversicherung, Steuerberatung und steuerberatende Berufe
- ordentliches Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Berichterstatterin für Finanzen und Währung
- stellv. Mitglied im Haushaltsausschuss und ständige Stellvertreterin im Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union des Haushaltsausschusses

#### Parlamentarische Funktionen

- stellv. Vorsitzende der Landesgruppe Sachsen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Mitglied in den Parlamentariergruppen Israel, Ungarn, USA und Zypern

- stellv. Vorsitzende der AG Kommunalpolitik sowie Mitglied der Kommission „Aufbau Ost“ und der Gruppe der Vertriebenen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

#### Außerparlamentarische Funktionen

- Mitglied im Bundesfachausschuss der CDU für Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzpolitik



## **Andreas Lämmel**

geboren am 19. April 1959, verheiratet, zwei Kinder, evangel.-lutherisch

- 1965-75 Polytechnische Oberschule
- 1975-1977 Lehrausbildung im Handwerk
- 1978-1979 Wehrdienst
- 1979-1982 Studium an der Ingenieur -Schule
- 1985-1988 Studium an der Technischen Hochschule Leipzig
- 1989 Neues Forum
- seit 1990 Mitglied der CDU
- 1994 Wahl in den Sächsischen Landtag, dort ab 1999  
Wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, ab 2004  
Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und  
Technologie
- seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis 159

### Im 17. Deutschen Bundestag

#### Ausschüsse

- ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie  
(Obmann)
- ordentliches Mitglied im Unterausschuss für Regionale  
Wirtschaftspolitik
- stellv. Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und  
Technikfolgenabschätzung sowie im Ausschuss für Wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und Entwicklung

#### Parlamentarische Funktionen

- stellv. Vorsitzender des Parlamentskreis Mittelstand (PKM)



### **Katharina Landgraf**

geboren am 24. Februar 1954, verheiratet, vier Kinder, evangelisch-lutherisch

- 1972 Abitur in Borna
- 1976 Abschluss Studium Meliorationswesen in Rostock mit dem Diplom
- 1976 - 1979 Ingenieur für Wasserwirtschaft und Umweltschutz im Braunkohlenkombinat Borna 1980 - 1990 Mitarbeiterin in der LPG Pflanzenproduktion Wiederau-Zwenkau
- 1990 Mitglied der Volkskammer / Mitglied des Deutschen Bundestages
- 1991 - 1999 Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Konrad-Adenauer-Stiftung, Leipzig
- 1999 - 2004 Mitglied des Sächsischen Landtages
- 2005 Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Konrad-Adenauer-Stiftung
- seit 10/2005 Mitglied des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis 154
  
- seit 1988 Mitglied der CDU
- 1988 Vorsitzende des neugegründeten Ortsverbandes Wiederau
- 1994 - 2011 Vorsitzende des Stadtverbandes Pegau
- 1991 - 1999 Mitglied des CDU-Landesvorstandes
- 1991 - 1993 Stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Sachsen
- 1995 - 2000 Kreisvorsitzende der CDU Leipziger Land
- 1991 - 1995 Landesvorsitzende der Frauen-Union Sachsen
- 2004 - 2007 Mitglied im Bundesfachausschuss Agrarpolitik
- 2004 - 2008 Kreisrätin im Kreistag des Landkreises Leipziger Land
- 2005 - 2011 Kreisvorsitzende der Frauen-Union Leipziger Land

### Im 17. Deutschen Bundestag

#### Ausschüsse

- Ordentliches Mitglied im Bundestagsausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- Ordentliches Mitglied im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement

- Ordentliches Mitglied des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung

#### Parlamentarische Funktionen

- Mitglied der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Mitglied der Arbeitsgruppe Demografie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Mitglied der Arbeitsgruppe Nachhaltige Entwicklung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Stellvertretende Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Vorstandsmitglied der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Mitglied des Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung
- Mitglied der deutsch-koreanischen Parlamentariergruppe
- Mitglied der deutsch-ungarischen Parlamentariergruppe

#### Außerparlamentarische Funktionen

- seit 1990 Mitglied Kreisvorstand Landkreis Leipzig
- seit 1995 Stadträtin in Pegau
- seit 2008 Mitglied im Kreistag des Landkreises Leipzig
- Vorstandsvorsitzende des Bildungswerkes Sachsen der Deutschen Gesellschaft e.V.
- Präsidentin des Vereins Thematis e.V.
- Ehrenmitglied Händlerbund e.V.
- Mitglied im Kuratorium "Leipziger Symphonieorchester gGmbH"





**Yvonne Magwas**

geboren am 28. November 1979, ledig, katholisch

- 2005 bis 2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin & Büroleiterin im Berliner Abgeordnetenbüro von Robert Hochbaum MdB, Mitglied in den Ausschüssen für Verteidigung, Auswärtiges, Wirtschaft & Technologie
- 1998 bis 2006 Studium der Soziologie (Diplom) an der Technischen Universität, Chemnitz – Nebenfächer: Betriebswirtschaftslehre, Psychologie
- seit 2001 Mitglied der CDU, Kreisverband Vogtland
- 2001-2007 Vorsitzende der Jungen Union Vogtland
- 2003 bis 2009 Stadträtin in Auerbach
- 2003 bis 2005 Kreisrätin Vogtlandkreis
- 2003 bis 2008 Beisitzerin Landesvorstand Junge Union Sachsen & Niederschlesien
- 2008 bis 2010 Beisitzerin Landesvorstand der KPV Sachsen

Im 18. Deutschen Bundestag

Parlamentarische Funktionen

- Mitglied AG Kommunalpolitik
- Mitglied Parlamentsgruppe Luft- und Raumfahrt
- Mitglied AG Digitalisierungspolitik

Außerparlamentarische Funktionen

- seit 2008 stellvertretende Kreisvorsitzende CDU-Vogtland
- stellv. Vorsitzende Vogtländischer Verein zu Berlin e.V.



**Maria Michalk**

geboren am 6. Dezember 1949, verheiratet, 3 Kinder, katholisch,  
Sorbin

- 1990 Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer
- 1990-1994 Mitglied des 12. Deutschen Bundestages (stellv. Fraktionsvorsitzende)
- seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis 156

Im 17. Deutschen Bundestag

Ausschüsse

- Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und für Arbeit und Soziales
- stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien

Parlamentarische Funktionen

- Behindertenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Mitgliedschaft im Parlamentskreis Mittelstand (PKM)
- Mitgliedschaft Arbeitnehmergruppe

Außerparlamentarische Funktionen

- stellvertretende Kreisvorsitzende im CDU Kreisverband Bautzen
- Ortsvorsitzende der CDU Großdubrau
- Mitglied im Parlamentarischen Beirat der Stiftung für das sorbische Volk
- Vorsitzende „Rat für sorbische Angelegenheiten im Freistaat Sachsen“
- Landesvorsitzende donum vitae e.V.



## **Arnold Vaatz**

geboren am 09.08.1955, verheiratet, vier Kinder

- 1974 Abitur in Greiz; Studium der Mathematik in Dresden
- 1981 Diplom
- Tätigkeit im Chemieanlagenbau
- 1982 bis 1983 Haft wegen Reservewehrdienstverweigerung;  
Zwangsarbeit im Stahlwerk Unterwellenborn
- 1989 Mitglied in der Gruppe der 20 und Eintritt in das Neue Forum,  
Pressesprecher
- 1990 bis 1998 Mitglied des Sächsischen Landtages
- 1990 Eintritt in die CDU; Stellvertretender Regierungsbeauftragter für  
den Bezirk Dresden
- 1990 bis 1991 Chef der Sächsischen Staatskanzlei
- 1992 bis 1998 Staatsminister für Umwelt und Landesentwicklung im  
Freistaat Sachsen
- 1993 bis 1995 Stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Sachsen
- 1996 bis 2000 und seit 2002 Mitglied des Bundesvorstandes der CDU
- 1997 bis 2002 Mitglied im Hörfunkrat Deutschlandradio
- seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis 160
- 1998 bis 2000 Mitglied im Präsidium der CDU
- 2002 bis 2009 Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion für die Bereiche Aufbau Ost, Menschenrechte u.  
humanitäre Hilfe, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

### Im 17. Deutschen Bundestag

#### Ausschüsse

- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung,  
Ausschuss für Menschenrechte und im Vermittlungsausschuss

#### Parlamentarische Funktionen

- Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion für die Bereiche Aufbau Ost, Verkehr, Bau und  
Stadtentwicklung, Menschenrechte u. humanitäre Hilfe

#### Außerparlamentarische Funktionen

- Mitglied des Bundesvorstandes der CDU/CSU
- Mitglied der Deutsch - Atlantischen Gesellschaft
- Mitglied CARE International Deutschland e. V.
- Mitglied Gegen Vergessen – für Demokratie e. V.



**Marco Wanderwitz**

geboren am 10. Oktober 1975, verheiratet, drei Töchter, evangelisch

- Schule in Hohenstein-Ernstthal und Lichtenstein/Sa., Abitur
- Wehrdienst
- Hochschulstudium in Dresden und Potsdam, Erstes Juristisches Staatsexamen
- Zweites Juristisches Staatsexamen (Volljurist)
- Rechtsanwalt
- 2002 für den Wahlkreis Chemnitzer Land/Stollberg direkt in den 15. Deutschen Bundestag gewählt (ordentl. Mitglied Rechtsausschuss; stellv. Vorsitzender der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion)
- 2005 direkte Wiederwahl für die 16. Wahlperiode (ordentl. Mitglied im Rechtsausschuss und im Ausschuss für Kultur & Medien; Vorsitzender der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion)
- 2009 direkte Wiederwahl im erweiterten Wahlkreis Chemnitzer Umland/Erzgebirgskreis II

Im 17. Deutschen Bundestag

Ausschüsse

ordentliches Mitglied im Rechtsausschuss und im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung;

Parlamentarische Funktionen

- Obmann der Union im Ausschuss für Kultur & Medien
- Vorsitzender der Jungen Gruppe
- Mitglied im Fraktionsvorstand

Außerparlamentarische Funktionen

- ehrenamtlicher Stadtrat der Heimatstadt Hohenstein-Ernstthal
- ehrenamtlicher Kreisrat des Landkreises Zwickau
- Aufsichtsratsvorsitzender der SRM Sachsenring-Rennstrecken-Management GmbH Hohenstein-Ernstthal
- Mitglied des Aufsichtsrats der Volksbank Mittweida e.G.
- Mitglied des Aufsichtsrats der Wohnungsgesellschaft Hohenstein-Ernstthal mbH
- Kreisvorsitzender der CDU Zwickau



**Marian Wendt**

geboren am 9. Juni 1985, ledig, evangelisch-lutherisch

- Abitur am Joe-Polwosky-Gymnasium Torgau
- Studium zum Dipl.-Verwaltungswirt (FH) und Master of Laws (Recht der öffentlichen Verwaltung)
- 2009 Praktikum im US-Kongress
- im Rahmen des Studiums verschiedene Praktika und studentische Anstellungen in Behörden, Einzelhandel und Tourismus
- 2010-2013 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro von Manfred Kolbe, MdB
- seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis 151

**Außerparlamentarische Funktionen**

- seit 2004 Kreisvorsitzender der Jungen Union
- 2002 bis 2005 Jugendstadtrat Torgau
- Vorstandsmitglied der Mittelstandsvereinigung (MIT) Nordsachsen
- Mitglied der Evangelischen Kreissynode
- Mitglied der Initiative Gruppe Geschlossener Jugendwerkhof Torgau e.V.
- Mitglied Initiativkreis Schloß Hartenfels e.V.
- Mitglied im Förderverein Freiwillige Feuerwehr Torgau.

# **Politischer Bericht aus Berlin**

## Bilanz und Aussicht

## **Deutschland bleibt mit der CDU auf Kurs**

Die Bilanz von vier Jahren Arbeit der CDU in Regierungsverantwortung kann sich sehen lassen: Arbeitsmarkt und Wirtschaft sind in guter Verfassung, der Euro ist trotz aller Unkenrufe stabil, die Haushaltssanierung kommt voran, die Energiewende ist auf gutem Weg, wir haben die Familien gestärkt und Deutschland ist ein geachteter Partner in der Welt. Die CDU hat für Deutschland die richtigen Schwerpunkte gesetzt und mit ihrer Arbeit den Menschen in unserem Land wieder ein Stück Perspektive für eine erfolgreiche Zukunft geschaffen. Die Mitglieder der Landesgruppe Sachsen haben die Arbeit der Regierungskoalition maßgeblich unterstützt und – wo nötig – kritisch begleitet: in den Ausschüssen, in den Arbeitsgruppen und vor Ort in den Wahlkreisen. Dieser Herausforderung wollen wir uns auch in der 18. Wahlperiode stellen. Folgende Schwerpunkte sind uns dabei wichtig und werden auch in den laufenden Koalitionsverhandlungen zur Erarbeitung eines Regierungsprogrammes von der Landesgruppe eingebracht:

### **1. Aufbau Ost fortsetzen**

Auch nach mehr als 20 Jahren weist Ostdeutschland weiterhin strukturelle Besonderheiten gegenüber den westdeutschen Ländern auf. Die weitere besondere Förderung Ostdeutschland war und bleibt auch in der neuen Wahlperiode eine zentrale politische Aufgabe. Mit Arnold Vaatz als wiedergewähltem Vorsitzenden der Gruppe der ostdeutschen Abgeordneten liegt diese Aufgabe in guten Händen.

#### **Herausforderung: Deutsche Einheit weiter gestalten**

Der Angleichungsprozess schreitet voran. Um die bisherigen Fortschritte nicht zu gefährden und die noch bestehenden strukturellen Herausforderungen in den neuen Bundesländern bewältigen zu können, benötigen sie weiterhin besondere Förderungen.

Im Jahr 2012 erhielten die ostdeutschen Länder im Rahmen des Solidarpakts II Sonderbedarfsergänzungszuweisungen in Höhe von insgesamt 7,3 Mrd. €. Alle ostdeutschen Länder haben die erhaltenen SoBEZ in diesem Zeitraum zu 100 Prozent zur Deckung von teilungsbedingten Sonderlasten aus dem bestehenden starken infrastrukturellen Nachholbedarf sowie zum Ausgleich fehlender kommunaler Finanzkraft eingesetzt. Erstmals seit Beginn des Solidarpakts II wurde damit in allen ostdeutschen Ländern eine vollständig zweckgerechte Verwendung erzielt. Dabei verzichteten die neuen Länder und Berlin auf neue Schulden. Die ostdeutschen Länder sind damit ihrer Verantwortung im Rahmen des Solidarpakts II in vollem Umfang gerecht geworden.



### **Besondere ostdeutsche Forderung**

Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Solidarpakt II bis 2019 ohne Abstriche vereinbarungsgemäß fortgesetzt wird. Einen vorgezogenen Eingriff in die Ausgleichsparameter Solidarpakt II/Landesfinanzausgleich darf es nicht geben. Ostdeutschland muss auch im neuen EU-Finanzrahmen 2014-2020 Förderschwerpunkt sein. Die Neuordnung des Länderfinanzausgleiches nach 2019 durch Einsetzung einer 3. Föderalismuskommission muss sich unter Wahrung ostdeutscher Interessen vollziehen.

## **2. Stabiler Arbeitsmarkt**

Der Arbeitsmarkt zeigt sich nach 4 Jahren schwarz-gelber Koalition in einer stabilen und guten Verfassung. Die Erwerbstätigkeit bewegt sich mit fast 42 Millionen auf historisch hohem Niveau. Dabei ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit einem Plus von 1,9 Millionen in dieser Wahlperiode noch stärker gestiegen als die Erwerbstätigkeit insgesamt. Entsprechend niedrig ist die Arbeitslosenquote mit durchschnittlich 7,6 Prozent. Die Langzeitarbeitslosigkeit ist zwischen 2008 und 2012 um 22 % im Jahresdurchschnitt zurückgegangen. Nie zuvor hatten Arbeitslose so gute Chancen, einen Job zu bekommen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist die niedrigste im europäischen Vergleich. Der hohe Beschäftigungsstand und deutliche Einkommenszuwächse sorgen für ein solides Wachstum des privaten Konsums. Die verfügbaren Einkommen der Menschen sind insgesamt um rund 11 % gestiegen. Wir haben es jetzt in der Hand, ob in Deutschland weiterhin Wachstum und Beschäftigung zunehmen.

### Herausforderung: **Fachkräftesicherung**

Die unionsgeführte Bundesregierung hat sich in der zurückliegenden Legislaturperiode durch zahlreiche gesetzliche Regelungen der Herausforderung der Fachkräftesicherung angenommen. So erleichtern wir u.a. die Zuwanderung von Facharbeitern: Deutschland öffnet den Arbeitsmarkt für Facharbeiterinnen und Facharbeiter aus Staaten, die nicht Mitglied der EU sind. Die Bundesregierung regelte dafür die Beschäftigungsverordnung neu. Der Freistaat Sachsen hat sich maßgeblich an der Bundesratsinitiative zur Änderung des Aufenthaltsrechtes und zum erleichterten Zugang von ausländischen Fachkräften beteiligt. Wesentliche Teile der sächsischen Vorschläge sind im neuen Aufenthaltsrecht enthalten.

### **Besondere ostdeutsche Forderung**

Mit Blick auf den einsetzenden Fachkräftemangel wollen wir die besondere Förderung von (Langzeit-)Arbeitslosen und die Entwicklung einer Willkommenskultur für ausländische Arbeitskräfte unterstützen. Das Programm „Perspektive 50plus“ ist entsprechend fortzusetzen.

Herausforderung: **Lohnniveau sichern**

Unbenommen der Frage der zukünftigen Regelung eines Mindestlohniveaus in Deutschland sind in zwölf Branchen mit insgesamt über vier Millionen Arbeitnehmern inzwischen Mindestlöhne festgeschrieben worden. Die Tarifpartner haben sie ausgehandelt, und die Bundesregierung hat sie gemäß Arbeitnehmerentsendegesetz und Arbeitnehmerüberlassungsgesetz für verbindlich erklärt. Die CDU geführte Bundesregierung hat auch die Einkommenssituation geringfügig Beschäftigter verbessert. Seit dem 1. Januar 2013 gilt für sie eine erhöhte Verdienstgrenze. Die Entgeltgrenze für Minijobber steigt von 400 Euro auf 450 Euro, für Minijobber von 800 auf 850 Euro.

**Besondere ostdeutsche Forderung**

Die ostdeutschen Abgeordneten werden sich bei etwaigen künftigen Mindestlohnentscheidungen dafür einsetzen, dass besondere ostdeutsche Erfordernisse berücksichtigt werden.

**3. Wirtschaft**

Deutschlands Wirtschaft bleibt auf Wachstumskurs. Die privaten Konsumausgaben bildeten im zweiten Quartal 2013 die Basis für das robuste binnenwirtschaftliche Wachstum. Die Dynamik der Binnenwirtschaft wird auch im weiteren Jahresverlauf maßgeblich für das Wachstum sein.

Herausforderung: **Aufschwung sichern – Wirtschaftskraft erhalten**

*Bürokratieabbau und bürgerfreundliche Verwaltung*

CDU/CSU haben die Bundesregierung in ihren Bemühungen unterstützt, die Bürokratiekosten der Wirtschaft zu senken. Mit Erfolg, denn im Vergleich zu 2006 konnten diese Kosten um 25 Prozent netto zurück gefahren werden. Das bringt der Wirtschaft Einsparungen in Höhe von über 12 Milliarden Euro jährlich. Aktuelle Beispiele sind das E-Government-Gesetz, die Vereinfachung des Reisekostenrechts und die Abschaffung der Praxisgebühr. Diesen Weg wollen wir auch in der kommenden Legislaturperiode weitergehen.

*Mittelständische Unternehmen*

Die Landesgruppe hat sich seit jeher dafür eingesetzt, die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit mittelständischer Unternehmen zu stärken. Die CDU geführte Regierung hat dies mit vielfältigen Projekten getan, denn der Mittelstand ist der wichtigste Innovations- und Technologiemosor. Viele kleine Unternehmen, meist in Familienhand, sind mit Hightech-Produkten Weltmarktführer oder Zulieferer für große Unternehmen.

Das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) ist ein maßgebliches Instrument zur Unterstützung von Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen. Das Programmvolumen beträgt 2013 über 500 Millionen Euro und soll auf hohem Niveau auch künftig fortgesetzt werden.

**Besondere ostdeutsche Forderung**

Gemeinsam mit unseren ostdeutschen Kollegen werden wir uns für die Fortsetzung der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“ einsetzen. Auch das erfolgreiche Zukunftsinvestitionsprogramm Mittelstand (ZIM), inklusive Verteilungsschlüssel, soll auf hohem Niveau fortgeführt werden.

**Herausforderung: EU-Strukturförderung für deutsche Regionen bis 2020 sichern**

Aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung gibt es in Deutschland künftig keine Regionen mehr, die in die höchste Förderkategorie der EU-Strukturfonds fallen. Bei den Verhandlungen über den EU-Finanzrahmen bis 2020 ist es der Bundesregierung jedoch gelungen, für die jetzigen Höchstfördergebiete rund 64 Prozent der bisherigen Zuweisungen durch die EU-Strukturfonds zu sichern. Die sächsische Landesgruppe hat gemeinsam mit der sächsischen Staatsregierung in zahlreichen Gesprächen mit Partnern in Brüssel auf dieses Ziel hingearbeitet. Zusammen mit dem Solidarpakt II steht damit der finanzielle Rahmen für die Unterstützung der Entwicklung in den neuen Bundesländern bis 2020; hieran werden wir festhalten.

**Besondere ostdeutsche Forderung**

Wir setzen uns ein für wettbewerbsfähige Beihilfesätze für die europäischen Zukunftstechnologien (Key Enabling Technologies, KET).

**Herausforderung: Bedarfsgerechte Rohstoffversorgung sichern**

Deutschland braucht eine belastbare und global wettbewerbsfähige Rohstoffversorgung. Deshalb stärken wir die strategische Zusammenarbeit mit rohstoffreichen Ländern.

**Besondere ostdeutsche Forderung**

Wir wollen den Aufbau einer Rohstoffallianz der deutschen Wirtschaft durch eine institutionelle Vernetzung in den Bereichen Wissenschaft, Forschung, Beratung und Fachkräfteausbildung mit wichtigen Rohstoffpartnerländern unterstützen.

Herausforderung: **Breitbandstrategie umsetzen - Breitbandausbau zügig vorantreiben**

Deutschland kommt beim Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen voran. Über die Hälfte der Haushalte sind seit Ende 2012 mit einer schnellen Internetverbindung versorgt (mindestens 50 Mbit/s). Wir wollen bis 2018 eine flächendeckende schnelle Breitband-Internetversorgung für private Haushalte, aber auch für produzierende kleine und mittelständische Unternehmen sicher stellen.

Die Ziele lassen sich nur erreichen, wenn Bund, Länder, Kommunen und Wirtschaft gemeinsam an der Umsetzung mitwirken. Im Breitbandkoordinierungskreis werden die Aktivitäten der Beteiligten aufeinander abgestimmt. Dies ist insbesondere mit Blick auf die Versorgung des ländlichen Raumes ein wichtiger Schritt, den wir weitergehen wollen.

Herausforderung: **Globales Wachstum unterstützen**

CDU und CSU unterstützend das angestrebte transatlantische **Freihandelsabkommen** zwischen den USA und der EU. Es ist wichtig für mehr Wachstum und Beschäftigung, die beiden Seiten bei der Sicherung ihres Wohlstandes helfen werden. Dazu zählt auch, Einfuhrzölle abzubauen und bürokratische Hemmnisse weiter zu beseitigen. Wir setzen darauf, dass die Bundesregierung bei den laufenden Verhandlungen alle wichtigen Belange Deutschlands und seiner europäischen Partner wie z.B. Fragen des Datenschutzes auf den Tisch bringen wird, um von Anfang an ein faires und für beide Seiten nutzbringendes Ergebnis zu erzielen.

#### **4. Haushalt und Finanzen**

Herausforderung: **Euro-Stabilisierung**

Es ist keine Binsenweisheit: Ein stabiler Euro sichert Arbeitsplätze in Deutschland und sorgt für Wachstum und Wohlstand. Wir unterstützen die Bundesregierung bei der Bewältigung der Krise, in dem wir den eingeschlagenen **Reform- und Konsolidierungskurs** entschlossen fortsetzen. Das werden wir auch weiterhin unseren Partnerländern in der EU deutlich machen: Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen sind notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Mitgliedstaaten und im Ergebnis die des gesamten Euroraumes zu stärken. Der seit dem 1. Januar 2013 in Kraft getretene **Fiskalvertrag** ebnet den anstrengenden Weg der Haushaltskonsolidierung in Europa. Nach vielen harten Diskussionen – auch in der Landesgruppe – haben wir uns für diesen Weg entschieden. 25 EU-Länder verankern anspruchsvolle Schuldengrenzen in ihrem nationalen Recht und verpflichten sich zudem dazu, ihre nationale Wirtschaftspolitik stärker zu koordinieren.

Mit dem **Euro-Rettungsschirm ESM** bietet die EU seit Oktober 2012 den Eurostaaten rückzahlbare Hilfe an, die finanz- und wirtschaftspolitische Auflagen erfüllen. Haben all diese Maßnahmen Erfolg, wird der Euroraum insgesamt profitieren können. Schon der neu beschlossene mittelfristige Finanzrahmen der EU weist Perspektiven auf: Mit einer Obergrenze von 960 Milliarden Euro stärkt er Innovationen und Forschung, Wachstum und Wettbewerb und sorgt für mehr Beschäftigung. Gleichzeitig unterstützt er die Haushaltskonsolidierung und schafft einen gerechteren Ausgleich unter den Nettozahlern.

#### Herausforderung: **Stabiler Bundeshaushalt**

Deutschland geht mit gutem Beispiel voran, indem wir die finanz- und wirtschaftspolitische Vorgaben erfüllen: Das gesamtstaatliche Defizit in Deutschland liegt 2013 bei rund einem halben Prozent des Bruttoinlandsprodukts, und die Schuldenquote sinkt. Das wollen wir auch in den Folgejahren schaffen. Die Landesgruppe wird alles daran setzen, dass der Konsolidierungskurs – nach gutem sächsischem Beispiel – fortgesetzt wird. Der Eintritt in die Schuldentilgung darf nicht auf unbestimmte Zeit immer weiter verschoben werden. Von den Freiräumen, die dadurch entstehen, profitieren die Menschen auch unmittelbar: So hat die unionsgeführte Regierung bereits jetzt den steuerlichen Grundfreibetrag von 8.130 auf 8.354 Euro erhöht. Wir haben zudem auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Ehegattensplitting umgesetzt: Eingetragene Lebenspartner und Verheiratete werden im Einkommensteuergesetz gleichgestellt. Darüber hinaus wird der Kampf gegen Steuerschlupflöcher und Steuerhinterziehung auch weiterhin unsere vornehmliche Aufgabe bleiben.

#### Herausforderung: **Neuer Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte**

In der Finanzkrise wurde offensichtlich, dass die nationalen Bankenaufsichten den gestiegenen Anforderungen des globalen Bankenmarktes nicht mehr gewachsen waren. Die **Schaffung einer Bankenunion** soll dazu beitragen, das Vertrauen in die Banken und den Euro wieder zu stärken und den Schutz des Geldes der Steuerzahler und Sparer zu gewähren. Einer der Pfeiler der Bankenunion soll der **gemeinsame europäische Aufsichtsmechanismus** mit direkter Bankenaufsicht sein, um eine einheitliche und wirksame Aufsicht zu ermöglichen. Voraussichtlich ab Sommer 2014 wird die Europäische Zentralbank in der Eurozone alle großen und systemrelevanten Banken kontrollieren. Ziel ist es, Fehlentwicklungen zu korrigieren, bevor Gefahren für die Eurozone entstehen. Die nationalen Aufsichten bleiben weiterhin bestehen und sollen eine starke Rolle spielen.

Auch die interne Bankenstabilisierung wollen wir vorantreiben: Ab 2014 gelten in Deutschland die sogenannten Basel III-Regeln, d.h. Banken müssen mehr **Eigenkapital vorhalten** und sollen sich im Krisenfall aus eigener Kraft stabilisieren und retten können.

Als weiteren Schritt müssen wir die eine **europäische Restrukturierungs- und Abwicklungsrichtlinie** auf den Weg bringen, die gewährleistet, dass auch systemrelevante Banken effektiv restrukturiert und abgewickelt werden können. CDU und CSU setzen sich weiter mit Nachdruck dafür ein, dass möglichst viele Staaten eine Finanztransaktionsteuer mit einer möglichst breiten Bemessungsgrundlage und einem niedrigen Steuersatz einführen. Der Finanzsektor soll sich an den Kosten der Finanzkrise beteiligen.

## 5. Energiewende

Die Energiewende ist und wird eines der herausragenden Projekte der Politik auch in der kommenden Legislaturperiode bleiben. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland schreitet voran. Wir wollen diesen Ausbau auch weiterhin maßvoll – und stärker als bislang – mit besonderem **Augenmerk auf den Stromkosten** für unsere Unternehmen und private Haushalte weiter fördern.

Um den Kostenanstieg zu dämpfen, haben wir – nach harten Verhandlungen mit den Ländern – 2012 die Einspeisevergütung für neue Photovoltaik-Anlagen verringert. Zugleich haben wir festgelegt, dass die Förderung für Neuanlagen endet, sobald 52 Megawatt Leistung installiert sind. Eine weitere Reform der Förderung hält die Landesgruppe für zwingend notwendig. Die wichtigste Maßnahme nach der Wahl wird es daher sein, das **Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) weiterzuentwickeln**. Erneuerbare Energien sollen wettbewerbsfähige Preise erreichen, damit sie auch ohne Förderung auskommen und gleichzeitig zum Erhalt des Energiesystems beitragen können.

Die Landesgruppe wird darauf achten, dass der erforderliche **Netzausbau** weiter voranschreitet. Die Bundesregierung wird den nationalen Netzentwicklungsplan Strom fortschreiben. Mit diesem Instrument werden die Planungs- und Genehmigungsverfahren zum Netzausbau schneller und transparenter, so dass auch die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern verbessert wird. Wir sind beim Ausbau der erneuerbaren Energien so schnell wie nie zuvor. Es ist also wichtig, dass auch der **Ausbau der Stromnetze und Speicher** mit dem Ausbau Schritt hält. Die unterschiedlichen Ausbaugeschwindigkeiten müssen besser als bisher synchronisiert werden.

Mit der Einführung der Reservekraftwerksverordnung und Bestimmungen zur Stilllegung von Kraftwerken (12monatige Ankündigungsfrist) haben wir 2013 Maßnahmen zur Gewährleistung der **Versorgungssicherheit** getroffen.

**Besondere ostdeutsche Forderung**

Als Ergebnis der Energiewende muss eine bezahlbare und sichere Energieversorgung für jedermann stehen. Dafür wollen wir auch weiterhin die heimische Braunkohle als Brückentechnologie und zur stofflichen Nutzung sichern. Die Kosten für den Netzausbau müssen gerecht verteilt sein. Die Netzentgeltreform darf nicht zu Lasten Ostdeutschlands gestaltet werden.

**6. Bildung und Forschung**

Bildung und Forschung sind Voraussetzung dafür, dass wir Fortschritt und Wohlstand in unserem Land erhalten. Das wissen wir Sachsen gut. Die unionsgeführte Bundesregierung hat deswegen 2013 die Rekordsumme von 13,74 Milliarden Euro in Bildung und Forschung investiert – das ist im Vergleich zu 2012 ein Zuwachs von mehr als sechs Prozent. Auch der Bundeshaushalt trifft mit seinem vorgesehenen Finanzierungsvolumen für diesen Bereich eine deutliche Aussage in Richtung Zukunft.

Wir werden auch weiterhin alles daran setzen, dass wir die **Zukunftschancen unserer jungen Generation** sichern. Wir werden benachteiligte Kinder und Jugendliche unterstützen sowie die berufliche Bildung stärken, um dem Fachkräftebedarf gerecht zu werden. 2013 sieht der Bildungshaushalt zudem für das "Lernen im Lebenslauf" mit rund 169 Millionen Euro deutlich mehr vor, als noch 2012.

Für zusätzliche Studienplätze durch den Hochschulpakt 2020 stellt der Bund im kommenden Jahr rund 1,85 Milliarden Euro bereit. Bis 2015 sollen rund 320.000 zusätzliche Studienplätze entstehen.

**Besondere ostdeutsche Forderung**

Im Rahmen des Hochschulpaktes wollen wir die Koppelung von Zuwendungspauschalen an Absolventenzahlen statt an Immatrikulationszahlen erreichen, um so die Entwicklung von Qualität an ostdeutschen Hochschulen zu fördern.

Mit dem **Qualitätspakt Lehre** werden im Jahr 2013 weitere 200 Millionen Euro in die Verbesserung der Studienbedingungen und der Qualität der Lehre investiert. Zudem sorgen BAföG, Deutschlandstipendium und Begabtenförderung auch in Zukunft dafür, dass eine gute Ausbildung keine Frage der sozialen Herkunft ist. Das wird auch weiterhin unser Anliegen bleiben.

Von grundlegender Bedeutung ist zudem, dass die Zielstellungen der **Exzellenzinitiative** auch in Zukunft das wissenschaftspolitische Handeln bestimmen. Die Instrumente, die wir anwenden, müssen zwingend auch dem Wettbewerbsgedanken Rechnung tragen. Forschung und Lehre müssen in Zukunft sowohl in der Spitze als auch in der Breite sehr gut aufgestellt sein. CDU und CSU wollen das deutsche **Wissenschaftssystem weiter entwickeln** und stärken. Dies unterstützt die Fraktion, indem sie die **Finanzierung, Struktur und Internationalisierung** des Hochschulwesens optimiert.

Im Haushalt 2013 werden rund 680 Millionen Euro für **Forschung an den Hochschulen** eingesetzt. Auch für die großen außeruniversitären Forschungseinrichtungen stellen wir wieder verlässlich Mittel bereit: Im Rahmen des Paktes für Forschung und Innovation werden die institutionell veranschlagten Mittel um jährlich fünf Prozent gesteigert, so auch 2013.

Wir wollen Vorreiter auf den Feldern Klima und Energie, Gesundheit und Ernährung, Mobilität, Sicherheit und Kommunikation werden. Damit dies gelingt, hat der Deutsche Bundestag das Forschungsministerium mit Mitteln ausgestattet, mit denen es im Rahmen der **Hightech-Strategie** Maßnahmen zur Steigerung von Innovationen und Wachstum fördert. Im Schwerpunkt „Forschung für die Energiewende“ konzentriert sich die Förderung besonders auf den Netzausbau und die Speichertechnologien. Aber auch Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Elektromobilität werden mit 190 Millionen Euro in 2013 gefördert werden.

#### **Besondere ostdeutsche Forderung**

Wir wollen zudem eine wissenschaftliche Einrichtung mit Standort in Ostdeutschland für eine projektübergreifende Bildungs-, Ausbildungs- und Forschungs Kooperation im Rohstoffbereich zur Stärkung von Modernisierungspartnerschaften, insbesondere mit der Russischen Föderation etablieren. Die Projekt- und Institutsförderung (besondere Beachtung auch von INNO-KOM) ist fortzusetzen.



## 7. Arbeit und Soziales

### Herausforderung: **Den demografischen Wandel gestalten**

Die Deutschen werden immer älter, und wir werden weniger. Diese Entwicklung hat erhebliche Folgen für unser Land, unsere Gesellschaft und unser Zusammenleben. Viele Menschen machen sich deswegen Sorgen, auf die unsere Politik reagieren muss. Eine Antwort war die Einführung der Rente mit 67, die unsere solidarische Rentenumlagefinanzierung aufrecht erhält. Es sind viele weitere Maßnahmen notwendig, um die Herausforderungen zu meistern. Die von der unionsgeführten Bundesregierung aufgestellte Demografiestrategie lädt alle Bürger ein, die Veränderungen aktiv mitzugestalten. Denn jeder zählt. Wir müssen die Bedürfnisse der jungen Menschen genauso im Auge behalten wie die der älteren. Und allen die Möglichkeit geben, ihre Fähigkeiten zu nutzen.

### **Besondere ostdeutsche Forderung**

Bei den zu ergreifenden politischen Maßnahmen müssen auch die Perspektiven für den ländlichen Raum Berücksichtigung finden. Der Ostbeauftragte für die neuen Länder und die Neuen Länder bringen sich mit ihren spezifischen Erfahrungen in den weiteren Demografiedialog ein.

### Herausforderung: **Kinderbetreuung sicherstellen**

Es ist und bleibt politische Aufgabe der CDU, die Vielzahl an Betreuungsmöglichkeiten in Deutschland zu sichern und – wo nötig – zu verbessern. Krippen, Tagesmütter, Kindergärten, Eltern-Kind-Zentren, Horte und Ganztagschulen sollen es jungen Paaren ermöglichen, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Seit August 2013 besteht ein **Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz** für alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr. Bund, Länder und Kommunen haben sich darauf verständigt, die Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren auf den ermittelten Bedarf in Höhe von 780.000 Plätzen auszubauen. Insgesamt beteiligt sich der Bund bis 2014 mit fast 5,4 Milliarden Euro an den Ausbaurkosten (Investitions- und Betriebskosten) für Kinderbetreuungsplätze in Kindertagesstätten und in der Kindertagespflege. Ziel ist ein lokal bedarfsgerechtes Angebot. Um 30.000 zusätzliche Betreuungsplätze einzurichten, stellt der Bund 2013 weitere 580,5 Millionen Euro bereit. Zudem wurde das **Betreuungsgeld für Eltern von Kleinkindern**, die ab dem 1. August 2012 geboren wurden und die ausschließlich in der Familie betreut oder für die rein private Betreuungsangebote in Anspruch genommen werden, eingeführt.

Herausforderung: **Bezahlbare Gesundheitsversorgung gewährleisten**

Durch erfolgreiche Reformen haben CDU und CSU die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung stabil gehalten. Krankenkassen und Gesundheitsfonds haben erhebliche Rücklagen gebildet. Mit der erweiterten Möglichkeit der Kassen, die Beiträge über Prämienrückerstattungen sowie Zusatzbeiträge zu gestalten, haben wir den Wettbewerb gestärkt. Um die Patienten in Deutschland zu entlasten, hat die CDU geführte Regierungskoalition zum Januar 2013 die **Praxisgebühr abgeschafft**. Dies bedeutet 1,8 Milliarden Euro pro Jahr mehr im Portemonnaie der Patienten; für Ärzte und Zahnärzte sowie Notfallambulanzen der Krankenhäuser bedeutet dies weniger Bürokratie und mehr Zeit für die Versorgung ihrer Patienten. Die Bundesregierung hat zudem die **Rechte der Patienten gegenüber Ärzten gestärkt**, indem verständlich über Risiken, Alternativen und Kosten einer Behandlung aufgeklärt werden muss. Auch haben wir die **Leistungen bei Pflege und Demenz verbessert** und mehr Wahlfreiheit für Pflegenden und Gepflegte eingeführt. Menschen mit Demenz können für zusätzliche Betreuungsleistungen erstmals zwischen Pflegegeld oder Pflegesachleistungen wählen. Damit ältere Menschen länger in ihrem häuslichen Umfeld bleiben können, werden selbstorganisierte Wohngemeinschaften gefördert. Auch die Angehörigen erhalten Unterstützung.

Wer auch privat für den Fall der Pflegebedürftigkeit vorsorgt, kann seit dem 1. Januar 2013 eine Zulage von 60 Euro jährlich erhalten. Zudem haben wir eine **Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive** gegen den Fachkräftemangel in der Pflege gestartet. Durch das Gesetz zur Stärkung der Aus- und Weiterbildung in der Altenpflege wird eine dreijährige Umschulung zur Altenpflegekraft wieder voll finanziert.

**Besondere ostdeutsche Forderung**

Der morbiditätsorientierte Risikostrukturausgleich (Morbi-RSA) soll erhalten bleiben.

Herausforderung: **Krankenhausstruktur sichern**

CDU und CSU werden zukünftig die Krankenhausstruktur insgesamt in den Fokus ihrer Betrachtung stellen. Die Leistungsangebote müssen aufeinander abgestimmt werden, um sicherzustellen, dass auch zukünftig jeder Bürger die Leistungen, die er benötigt, in der gebotenen Qualität in zumutbarer Entfernung von seinem Wohnort erhält. Angesichts der seit Jahren kontinuierlich rückläufigen Investitionsmittel der Länder ist auch die bestehende Trennung zwischen Betriebs- und Investitionskostenfinanzierung auf ihre Zukunftstauglichkeit hin zu überprüfen.

In diesem Zusammenhang müssen wir dann allerdings auch über neue Formen der Bedarfsplanung und Verantwortung in der Versorgungssteuerung diskutieren.

**Besondere ostdeutsche Forderung**

Die im Jahr 2014 auslaufende Investitionskostenfinanzierung im Krankenhausbereich in Ostdeutschland ist in geeigneter Form fortzusetzen.

Herausforderung: **Gerechtes Rentensystem**

Wegen der guten wirtschaftlichen Lage konnte Anfang 2013 der Beitragssatz in der Gesetzlichen Rentenversicherung um 0,7 Prozentpunkte auf 18,9 Prozent abgesenkt werden. Das entlastet die Bürgerinnen und Bürger sowie die Betriebe um rund neun Milliarden Euro pro Jahr. Gleichzeitig hat die CDU geführte Bundesregierung zum 1. Juli 2013 für die über 20 Millionen Rentner die Altersbezüge angehoben, in den neuen Bundesländern um 3,29, in den alten Bundesländern um 0,25 Prozent. Der aktuelle „Rentenwert Ost“ nähert sich dadurch an den „Westwert“ um 2,7 Prozentpunkte auf 91,5 Prozent an. Dies zeigt, dass das gegenwärtige System der Rentenberechnung funktioniert.

**Besondere ostdeutsche Forderung**

An der Rentenberechnung nach geltendem Recht ist festzuhalten.

Herausforderung: **Lebensleistung im Alter anerkennen**

CDU und CSU wollen, dass sich **Lebensleistung** in der Rente auszahlt. Wer jahrzehntelang gearbeitet, in den Generationenvertrag eingezahlt und zusätzlich vorgesorgt hat, muss im Alter eine auskömmliche Rente haben und darf nicht auf Grundsicherung angewiesen sein. Wer 40 Jahre versichert ist und privat vorgesorgt hat, soll einen Zuschuss zur Rente auf 850 Euro erhalten. Die Leistung von Menschen, die Kinder erzogen oder/und Angehörige gepflegt haben, wollen wir dabei in stärkerem Maße anerkennen.

**Besondere ostdeutsche Forderung**

Bei einer Einführung einer Lebensleistungsrente sind die Besonderheiten ostdeutscher Erwerbsbiographien zu berücksichtigen.

CDU und CSU haben darüber hinaus die **Kindererziehungszeit** in der Rente eingeführt und schrittweise verbessert. Ab 2014 wollen wir für alle Mütter oder Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, die Erziehungsleistung mit einem zusätzlichen Rentenpunkt in der Alterssicherung berücksichtigen. Das entspricht bei zwei Kindern durchschnittlich 650 Euro mehr Rente im Jahr. Davon profitieren mehr als 8 Millionen Mütter und Väter in unserem Land.

## **8. Innen und Verteidigung**

### Herausforderung: **Bekämpfung von Rechtsextremismus**

Nach der Aufdeckung der Taten der rechtsextremistischen Terrorzelle NSU haben die Innenpolitiker der Fraktionen von CDU und CSU gemeinsam mit der Bundesregierung zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern enger zu gestalten. So hat das Gemeinsame Extremismus- und Terrorabwehrzentrum (GETZ) am 15. November 2012 seine Arbeit aufgenommen. Unter diesem Dach arbeiten die zuständigen Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern in den Bereichen Extremismus, Terrorismus, Spionageabwehr und Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen zusammen.

Zudem können Polizei und Nachrichtendienste erstmals auf gemeinsame Daten zum gewaltbezogenen Rechtsextremismus zugreifen. Das verbessert den Informationsaustausch zwischen den beteiligten Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern. Die Datei schafft so eine wichtige Voraussetzung, den Rechtsextremismus wirksamer zu bekämpfen.

CDU und CSU unterstützen den NPD-Verbotsantrag der Länder. Die Bundesbehörden, insbesondere das Bundesamt für Verfassungsschutz, stellen dazu umfangreiches Material zur Verfügung. Wir sagen aber auch: Die enge Abstimmung mit den Länderbehörden und ein gemeinsames Engagement gegen jede Form von Extremismus in unserem Land werden auch weiterhin unsere politische Aufgabe sein. Viele Menschen und Institutionen in Deutschland engagieren sich im Kampf gegen Rechtsextremismus. Dieses Engagement wollen wir auch weiterhin mit einer Reihe von Förderprogrammen und Maßnahmen der politischen Bildung unterstützen.

### **Besondere ostdeutsche Forderung**

Die Aussteigerprogramme für Anhänger von Rechts-/Linksextremismus sollen fortgesetzt werden.

### Herausforderung: **Zuwanderungsrecht strategisch weiterentwickeln**

In den vergangenen Jahren ist aufgrund der Wirtschaftskrise die Zuwanderung aus süd- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten überdurchschnittlich angestiegen. Bürger aus EU-Staaten können und sollen die Chancen der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union nutzen. Bürokratische Hindernisse, die diesen Zielen entgegenstehen, wollen wir weiter abbauen. Mit Blick auf den Fachkräftemangel brauchen wir weitere hochqualifizierte und leistungsbereite Menschen aus anderen Ländern. Sie sind uns willkommen. Für sie und ihre Familien wollen wir unser Land zum Leben und Arbeiten noch attraktiver machen.

Eine Zuwanderung, die darauf gerichtet ist, die europäische Freizügigkeit zu missbrauchen und die sozialen Sicherungssysteme unseres Landes auszunutzen, lehnen wir jedoch ab. Es bedarf einer **europäischen Lösung**, um die Lage in den Herkunftsländern zu verbessern und Missbrauch zu verhindern. Insbesondere müssen Lebensbedingungen und Integration der Menschen in ihren Heimatländern deutlich verbessert werden, sodass sie dort eine Perspektive haben.

Herausforderung: **Bekämpfung illegaler Einreise**

Seit dem 1. Juni 2013 unterstützt die Visa-Warndatei Visumbehörden bei der Bekämpfung von illegaler Einreise. Zu diesem Zweck werden in der Datei Warndaten gespeichert und den Visum- und Grenzkontrollstellen zur Verfügung gestellt.

**Besondere ostdeutsche Forderung**

Die gegenwärtige Stärke der Bundespolizei in den Grenzregionen zu Polen und Tschechien muss beibehalten werden, um wirksam gegen grenznahe Eigentumsdelikte und andere Formen von Kriminalität vorgehen zu können. Wo nötig, ist das Ineinandergreifen der Sicherheitsbehörden im föderativen Gefüge zu stärken. Eine nationale Strategie zur Bekämpfung von „Crystal“ (synthetische Droge Crystal Meth,N-Methylamphetamin) soll erarbeitet werden.

Herausforderung: **Neuausrichtung der Bundeswehr konsequent umsetzen – Leistungsfähigkeit erhalten**

Mit der Neuausrichtung entwickelt sich die Bundeswehr weiter hin zu einer Einsatzarmee. Die Bundeswehr ist ein Garant für die Sicherheit Deutschlands und seiner Bündnispartner – das stellt sie im Rahmen vielfältiger internationaler Einsätze immer wieder unter Beweis. Unter der unionsgeführten Regierungskoalition ist es trotz finanzieller Herausforderungen und Haushaltserfordernisse gelungen, die Neuausrichtung erfolgreich voranzubringen.

Ein wichtiges Kriterium auf dem Weg zur Armee im Einsatz sind Aspekte der **Fürsorge und sozialen Absicherung**. Die materielle, soziale und rechtliche Stellung der Angehörigen der Bundeswehr konnte weiter optimiert werden. Die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** ist in den Vordergrund gerückt. Weitere Verbesserungen bei der Behandlung von PTBS-Geschädigten wurden erreicht. Die **Beschaffung der Ausrüstung** wird eine große Aufgabe in der kommenden Zeit sein: sie hat sich konsequent an den Einsatzerfordernissen auszurichten.

Entwicklungszeiträume von mehr als einer Dekade müssen der Vergangenheit angehören. Ein zentrales Thema der nächsten Jahre wird darüber hinaus der Abzug der Kampftruppen aus Afghanistan sein, den die Politik auf allen Ebenen maßvoll zu begleiten hat.

## **9. Verkehr und Infrastruktur**

### Herausforderung: **Verkehrliche Anbindung verbessern**

In der 17. Legislaturperiode hat sich die Landesgruppe Sachsen in der CDU/CSU-Fraktion auf mehreren Handlungsfeldern für den zügigeren Ausbau grenzüberschreitender Schienenverbindungen zu den mittel- und osteuropäischen Nachbarländern eingesetzt. Grenzüberschreitende transeuropäische Infrastrukturprojekte wollen wir im Rahmen der transeuropäischen Verkehrsnetze, insbesondere von TEN-V weiter fördern.

Parallel unterstützen wir die Anstrengungen, im Rahmen der mit 23 Mrd. Euro ausgestatteten Fazilität „Connecting Europe“ Verkehrsprojekte im transeuropäischen Verkehrsnetz zu fördern, um bestehende Engpässe und Lücken zu beseitigen, Infrastruktur zu modernisieren und grenzüberschreitende Verkehre flüssiger zu gestalten. Um den für Ostdeutschland wichtigen Vier-Meeres-Korridor (Nord-/Ostsee, Adria, Schwarzes Meer) für den Schienenfernverkehr zu realisieren, ist der Abschnitt Berlin – Dresden – Prag für den Hochgeschwindigkeitspersonenverkehr (200 km/h) und als leistungsfähige Güterverkehrsverbindung auszubauen. Dafür hat sich die Landesgruppe immer wieder im Rahmen von Gesprächen mit dem Bahnvorstand stark gemacht. Dazu gehört mittelfristig auch die Entlastung der Elbtalstrecke durch eine Neubaustrecke für den grenzüberschreitenden Güter- und Personenfernverkehr. Die Fraktionen von CDU und CSU haben die Bundesregierung aufgefordert, bei der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans (BVWP 2015) den vereinbarten Ausbau von grenzüberschreitenden Schienenverkehrsachsen im Rahmen des transeuropäischen Kernnetzes (TEN-Leitlinien) entsprechend zu priorisieren. Eine Förderung bzw. Kofinanzierung von Schienenprojekten des Bedarfsplans des Bundes ist mit EU-Mitteln derzeit aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) möglich. Als Beispiel ist die Ausbaustrecke Hoyerswerda – Horka – Grenze D/PL zu nennen: die sächsischen CDU-Abgeordneten haben sich massiv dafür eingesetzt, dass die erforderlichen Mittel auch aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt werden.

**Besondere ostdeutsche Forderung**

Der Infrastrukturaufholbedarf Ost ist bei der Neufassung des Bundesverkehrswegeplans zu berücksichtigen. VDE-Projekte sollen vorrangig vollendet werden. Das TEN-Projekt Ostsee-Berlin-Dresden-Prag-Adria/Schwarzes Meer ist als vordringlich in den Bundesverkehrswegeplan aufzunehmen und zu verwirklichen. Im selben Rahmen ist die Bahninfrastruktur (Elektrifizierung, grenzüberschreitende Verbindungen nach Polen und Tschechien) prioritär auszubauen.

**10. Kultur und Medien**

Die Landesgruppe misst der Kulturpolitik des Bundes einen hohen Stellenwert bei. Sie hat die Aufgabe, kulturelle Einrichtungen und Stätten zu erhalten und das kulturelle Leben zu fördern. 2013 haben wir daher den Etat des Kulturstaatsministers zum achten Mal in Folge angehoben, auf nunmehr 1,28 Milliarden Euro.

**Besondere ostdeutsche Forderung**

Das Programm „Invest Ost – Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Ostdeutschland“ ist fortzuführen. Der Vorbereitung und Durchführung des Reformationsjubiläums 2017 gilt unser besonderes Augenmerk.

Herausforderung: **Medienkompetenz vermitteln**

Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche sicher werden im Umgang mit den verschiedenen Medienformen. Mit der Initiative „Ein Netz für Kinder“ bieten wir einen sicheren Surfraum für Kinder. „Vision Kino“ hat mit den „SchulKinoWochen“ 2012 bundesweit 710.000 Schüler mit dem Medium Film vertraut gemacht und Lehrkräfte fortgebildet. Die „Nationale Initiative Printmedien“ macht junge Leute auf den Wert von Zeitungen und Zeitschriften aufmerksam.

Herausforderung: **Strategie für die Nutzung digitaler Technologien**

CDU und CSU sehen, dass die stärkere Nutzung digitaler Technologien mit vielen Fragen verbunden ist, die ganz unterschiedliche Bereiche betreffen. Um für diese politische Querschnittsaufgabe die richtigen Antworten zu finden, brauchen wir eine vernetzte Strategie. Wir wollen für einen geeigneten Rechtsrahmen für die digitale Gesellschaft sorgen. Gesetzesvorhaben sollen daraufhin geprüft werden, ob sie den Anforderungen der fortschreitenden Digitalisierung gerecht werden. Dazu brauchen wir eine regelmäßige Bestandsaufnahme, wo wir in der digitalen Gesellschaft in Deutschland stehen. Deshalb wollen wir ein digitales Weißbuch, in dem der Stand der Digitalisierung dargestellt wird und das damit eine Grundlage für eine intensive gesellschaftliche Auseinandersetzung schafft.



Herausforderung: **Datenschutz sicherstellen, Innovationen sichern**

CDU und CSU werden sich dafür einsetzen, dass die Überarbeitung des **Europäischen Datenschutzrechts** die aktuellen Entwicklungen berücksichtigt. Wir wollen Deutschland zu einem attraktiven Datenstandort entwickeln, an dem gezielt die Nutzung von Daten gefördert wird und der gleichzeitig die Interessen der Nutzer am Schutz ihrer Daten sicherstellt. Die von uns gegründete Stiftung Datenschutz soll dabei einen wichtigen Beitrag zur Information der Bürger über den Umgang mit Daten leisten.

Für die Nutzung von persönlichen Daten muss der Grundsatz der ausdrücklichen Einwilligung gelten. Unser Ziel ist es, das Recht auf Löschen der eigenen Daten, verbraucherfreundlich gewählte Voreinstellungen zur Privatsphäre vor allem in sozialen Netzwerken und die Berücksichtigung des Datenschutzes in der Entwicklung neuer Techniken und Produkte durchzusetzen. Auf europäischer Ebene hat die unionsgeführte Bundesregierung eine **Grundrechte-Charta zum Datenschutz** angeregt. Ebenso treibt Deutschland die Arbeiten an der **Datenschutz-Grundverordnung** entschieden voran.

Wir wollen, dass in die Verordnung eine Auskunftspflicht der Firmen für den Fall aufgenommen wird, dass Daten an Drittstaaten weitergegeben werden. Hierzu gibt es auch eine deutsch-französische Initiative. CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass der **Datenschutz** auch in dem zwischen der **EU und den USA** noch auszuhandelnden Freihandelsabkommen eine Rolle spielen und **digitale Bürgerrechte** verankert werden.

## **11. Umwelt und Landwirtschaft**

Die Politik von CDU und CSU hat auch weiterhin zum Ziel, die Wünsche der Gesellschaft nach qualitativ hochwertigen, sicheren und bezahlbaren landwirtschaftlichen Produkten und die praktischen Anforderungen einer modernen Landwirtschaftsindustrie und der in ihr tätigen Menschen in Einklang zu bringen. Lebensmittelprodukte aus deutscher landwirtschaftlicher Herstellung sollen auch weiterhin für Qualität und Vielfalt stehen. Dafür setzt sich auch die Landesgruppe entschieden ein.

Herausforderung: **Umsetzung der GAP-Reform**

Die unionsgeführte Bundesregierung hat einen tragfähigen Agrarhaushalt gesichert: 5 Milliarden Euro stehen für Direktzahlungen bereit; 1,2 Milliarden für ländliche Regionen. Die Direktzahlungen werden noch stärker an Umweltleistungen gekoppelt, ohne dass Flächen aus der Produktion genommen werden müssen. Damit entsprechen wir den steigenden Anforderungen an die weltweite Nahrungsmittelproduktion. Besonders werden CDU und CSU die Junglandwirte unterstützen. Die neue GAP werden wir mit so wenig Bürokratie wie möglich umsetzen.



Wir befürworten die „Entstaatlichung“ der Agrarmärkte. Unsere Landwirte sind in der Lage, die Chancen des nationalen und internationalen Marktes zu nutzen. Wir werden ihnen weiterhin ein wirksames Sicherheitsnetz zum Schutz vor extremen Markteinbrüchen spannen.

#### **Besondere ostdeutsche Forderung**

Bei der Umsetzung der GAP-Reform darf es keine Kürzung der 1. Säule und Umschichtung in die 2. Säule geben. Die Ausgestaltung des sog. Greening hat praxistauglich zu erfolgen. Zusätzliche Bürokratie und Kontrollvorgaben sind zu vermeiden. Die vielfältigen Agrarstrukturen in Deutschland sind durch eine verantwortungsvolle Steuer-, Sozial- und Eigentumpolitik sicher zu stellen.

#### **Herausforderung: Finanzielle Entlastung für Landwirtschaftsunternehmen**

CDU und CSU haben erreicht, dass Höfe grundsätzlich ohne Belastung durch Erbschaftssteuern übergeben werden können. Darüber hinaus wurde die Agrardieselförderung (Entlastung über 400 Mio. Euro für Landwirtschaft) verlängert und so die Wettbewerbsfähigkeit unserer landwirtschaftlichen Betriebe verbessert. Zudem haben wir die Versicherung gegen Wetterrisiken (Mehrgefahrenversicherung) steuerlich entlastet und damit die Eigenvorsorge der Betriebe gestärkt.

Mit etwa 3,7 Milliarden Euro fördern wir die landwirtschaftliche Sozialpolitik (Renten, Kranken- und Unfallversicherung); die landwirtschaftliche Sozialversicherung wurde 2012 unter der schwarz-gelben Regierungskoalition reformiert und zukunftsfest gemacht. Das BMELV begleitet die Reform mit zusätzlich 150 Millionen Euro.

#### **Herausforderung: Beteiligung der Landwirtschaft an der Energiewende**

Wir wollen, dass die Landwirte weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten. Das gilt besonders für Biomasse in den Anwendungsbereichen Strom, Wärme und Kraftstoffe. Wir wollen dabei mehr Marktorientierung. Wir setzen bei neuen (Biogas-)anlagen insbesondere auf die bedarfsgerechte Verstromung, die Nutzung von Reststoffen sowie auf durchdachte Wärmekonzepte. Zudem werden wir die Erforschung neuartiger Energiepflanzen als Alternative zum Mais intensivieren. Im Biokraftstoffbereich setzen wir weiter auf Beimischungsquoten zur Umsetzung der Energie- und Klimaschutzziele. CDU und CSU werden ein Gesamtkonzept für Biokraftstoffe entwickeln, um den sinnvollen Einsatz der Biokraftstoffe zur Erreichung der CO<sub>2</sub>-Ziele sicherzustellen.